

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

bevor ich mit der Rede zum Haushalt beginne, zuvor noch zwei Anmerkungen zu den Vorrednern.

Herr Sauer hat gesagt, dass die Bebauung der Drehscheibe richtig war, man sich etwas Anderes nicht mehr vorstellen kann und von anderen Ideen nichts geblieben ist. Das stimmt nicht, ich habe seit der Zeit das Bild des Parks, den wir favorisiert hatten als Hintergrundbild auf meinem PC und sehe ihn jeden Tag.

Zu den erwähnten Leitbildern von Herrn Kachler. Wir halten wenig von Leitbildern, sie sind Worte auf Papier. Das Einzige Leitbild, dass ich persönlich verinnerlicht hatte, war das der Feuerwehr, der ich in jungen Jahren auch einmal angehörte, es lautete: „Gott zur Ehr dem Nächsten zur Wehr!“ Lang, lang ist es her:

Heute haben wir, habe ich, hatten zuvor schon zwei Redner, wieder einmal die Gelegenheit, eine Haushaltsrede zu halten, bei mir ist es seit 1984 meine 29. HH-Rede. Zwischendurch habe ich mal eine kleine Pause eingelegt. Vielen Dank auch an die Kollegen meiner Fraktion zu Ihren Beiträgen, denn bei uns ist die HH-Rede ein Gemeinschaftsprodukt. Sie erlauben uns/mir, wie schon häufiger, dass wir/ich auf die konkreten Zahlen des Haushalts weniger eingehen, uns geht es um eine politische Grundaussage.

Sie können mir glauben, wenn ich das leere Papier vor mir sehe, denke ich oft, es wurde doch schon alles einmal gesagt, mit anderen Worten, mit anderen Intentionen, anderen Wertungen und anderen Prioritäten und wenn man in den Raum sieht, wer zum Zuhören gekommen ist – es sind nicht viele, wie so oft, wie fast immer.

Bemerkenswerter Weise sehe ich keinen einzigen Elferrat unter den Zuschauern, dessen Sitzungspräsident am Samstag bei der Prunksitzung sich gewundert hat, dass nur 3 Gemeinderäte anwesend waren. 3 von 22 sind knapp 14 %, und da Walldorf keine Karnevalshochburg ist, gehen wir mal davon aus, dass 14 % genau den Schnitt der Bevölkerung darstellen, der mit Fasching was anfangen kann. Ich kann mich übrigens nicht erinnern, hier bei einer

Sitzung des Gemeinderats jemals einen Karnevalisten gesehen zu haben, obwohl und das kann ich aus tiefer Überzeugung sagen, hier viel gelacht wird – und auch das liegt zu einem großen Teil an mir, an den Grünen, wie so viele Dinge, die in Walldorf in Bewegung kommen, kamen oder neu initiiert wurden. Wenn die Störche mich zu einer Büttenrede einladen, dann gehe ich auch mal wieder zu einer Prunksitzung, denn uns und mir ist Lokalkolorit wichtig.

Nein, ich will den Wettstreit jetzt nicht wieder anheizen, wer ist der Schärfste, Tollste, Intelligenteste – denn in der Politik schreiben sich ganz viele diese Attribute zu, bei den Parteien und innerhalb von Parteien. Wir Grüne hatten einmal eine Veranstaltung geplant mit dem Titel, *Politik gleich Macht, Genuss – aber im Prinzip oft Kindergarten*, um politisches Verhalten zu beschreiben. Nachdem aber die Promis wg. Terminproblemen absagen mussten, u.a. Joschka Fischer, Vincent Klink und ich, haben wir es bleibenlassen.

Über Deutschland: „Es ist ein extremes Land, mit großen regionalen Unterschieden in der Kultur, in der Landschaft, in der Küche. Auch die Bandbreite zwischen wunderbaren Menschen und Vollidioten scheint mir nirgendwo größer.“ Vincent Klink

Und gleich noch ein Zitat von Fischer hinterher: „Wer keine Ahnung hat, der hat auch keine Meinung.“ Joschka Fischer

Und was wir brauchen in der heutigen Zeit ist eine umfassende Bildung, politische Bildung in den Schulen, damit unsere Kinder tatsächlich Ahnung haben und sich mit Themen auseinandersetzen, die sie betreffen, die für sie wichtig sind. Dann würden sie nicht den Demagogen nachlaufen. Aber wenn sie von Menschen ohne Rückgrat unterrichtet werden, wie sollen sie dann selbst eines entwickeln?

Nun also Haushalt für das neue Jahr 2017, das schon gar nicht mehr so neu ist, wieder einmal dieses jährliche Ritual, dass dennoch nicht die ganze Arbeit in diesem, unserem Gremium deutlich macht.

Nichtsdestotrotz hat diese Haushaltsrede eine enorme Bedeutung – es ist der einzige Beitrag, den die Fraktionen leisten und der unkommentiert und unverändert der Bevölkerung – zumindest derjenigen, die die Walldorfer Rundschau beziehen – in voller Länge zur Kenntnis gebracht wird. Deshalb werden manche Ausführungen länger und werden Dinge angesprochen werden, die nicht direkt mit dem Haushalt was zu tun haben.

Für uns ist es die Gelegenheit, unsere Kernkompetenz aus vergangenen Jahren weiter darzustellen und fortzusetzen. Ökologische Themen und Fragen, eine umfassende Sozialpolitik und nicht zuletzt Bürgerbeteiligung.

Als absolute Hauptaufgabe für die kommenden Jahre sehen wir eine Neuorientierung in der Sozialpolitik und damit verbunden Handlungsaufträge an die politische Gemeinde, die radikale Änderungen bedeuten.

Die Gemeinden und Städte stehen vor ganz grundsätzlichen Herausforderungen:

- Wie lassen sich die Fürsorge zwischen den Generationen und der soziale Zusammenhalt in den Kommunen stärken?
- Wie kann die kommunale Infrastruktur mit den sich wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerungsgruppen Schritt halten und flexibel weiterentwickelt werden?

Ein großes Anliegen der Grünen, so formulierte es Ministerpräsident Kretschmann bei der letzten Landesdelegiertenkonferenz, sei der soziale Zusammenhalt. Er rief dazu auf, einen „Gegenpol zu einer Politik der Engstirnigkeit und des Nationalismus“ zu leben. Das Grundgesetz bestimme das Menschenbild, das „nicht verhandelbar ist“, gleichzeitig markiere es „die klare Kante, die wir gegenüber den Rechtspopulisten zeigen müssen“.

Von der Integration hängt der Zusammenhalt in der Gesellschaft entscheidend ab. Integration zu leben heißt aber, darunter nicht nur Flüchtlinge und Migranten zu subsumieren sondern auch zu fragen, wie gut sind eigentlich Menschen integriert, die sich dem gemeinsamen Grundkonsens verweigerten, die keine Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg hätten?

Das ist der Kern des politischen Handelns, der uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird und muss!

Es gibt auch keine Patentrezepte für diese Aufgaben, aber es muss ein Paradigmenwechsel geben. Soziale Themen müssen noch mehr Beachtung finden und Probleme in diesem Zusammenhang erfordern konkrete Lösungen. Diese Lösungen lassen sich nur vor Ort erarbeiten – im gemeinsamen Dialog von Gemeinderat, Verwaltung, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereinen sowie mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die große Erkenntnis der letzten Jahre ist, dass wir alle, Bund, Land und Kommunen die Sozialpolitik nicht ausreichend und in erforderlichem Umfang umgesetzt haben, wir haben sie außen vor gelassen!

Es wurden keine oder kaum Sozialwohnungen in den letzten 20 Jahren gebaut, auch hier im reichen Walldorf nicht. Viel zu sehr hat man sich mit dem Durchschnittsbürger, -verdiener, -konsument usw. beschäftigt. Um es mit einem bekannten Grünen zu sagen: „Politik ist wie Bäume schneiden. Man muss die Oberen stützen, damit die Unteren mehr Licht bekommen.“

Wir weisen neue Baugebiete aus, für die, denen es sowieso gut geht, die es sich leisten können, QM-Preise von über 700 Euro zahlen zu können, denn diese Preise werden in Walldorf bezahlt! Bei diesem Teil unserer Bevölkerung sollte und da darf nicht unser Fokus liegen - warum das trotzdem so ist, liegt auch an uns – nehmen wir doch uns als Beispiel, die Mitglieder des Gemeinderats. Ich vermute mal bis auf eine Ausnahme, alle Besitzer von Wohneigentum. In Deutschland wohnt aber nur knapp die Hälfte der Haushalte (45%) im eigenen Haus oder der Wohnung.

Wie viele Sozialhilfeempfänger, SGB 2-Bezieher, Aufstocker aus der Grundsicherung kennen sie persönlich? Und wie viele gehören zu ihrem persönlichen Bekanntenkreis?

Ich selbst habe im Freundeskreis nur eine Person die zu dieser Gruppe gehört, kenn aber viele aus beruflichen Zusammenhängen oder durch konkrete Hilfeleistungen wie Beratung in bürokratischen Fragen.

Und was meinen Sie, wie die Kontakte von Landtags- oder Bundestagsabgeordneten zu diesem Klientel sind? Ich würde vermuten sie gehe gegen null.

Und warum lesen wir in den Zeitungen so wenig von den Problemen dieser Klientel? Weil Journalisten zumindest Festangestellte Gehaltsmäßig ebenfalls keinen Kontakt zu dieser Gruppe unserer Bevölkerung haben. Wir lesen jedes Jahr die gleichen Geschichten in den Zeitungen. Im Frühjahr vom Fasching, im Sommer von der Hitze und Urlaubstaus, im Winter von der Kälte, von der Kerwe und vom Spargelmarkt. Aber können Sie sich erinnern auch jemals so periodisch über das Leben am Existenzminimum informiert worden zu sein – ich auch nicht.

Mussten sie ihren Kindern sagen, dass sie beim Klassenausflug nicht mitfahren können, weil er zu teuer, nicht finanzierbar ist. Sicher nicht, gerade gestern mussten wir wieder im Hopp-Kuratorium erfahren, dass es permanent Fälle in Walldorf gibt, wo solche Dinge passieren. Glücklicherweise gab es für diesen Personenkreis dann Hilfe durch die großzügige Spende von Dietmar Hopp,

durch den Hopp-Fonds der Astorstiftung, der es möglich macht schnell unbürokratisch Hilfe zu leisten und zumindest finanziell Hilfe zu leisten.

Ich helfe Leuten, die sich gegen hirnrissige Auflagen beim Wohngeld, bei der SGB 2 Förderung und so weiter wehren. Manchmal frage ich mich, wie kann man nur so unmenschlich sein, wie schafft man es in solchen Arbeitszusammenhängen, Humanität außen vor zu lassen? Und manchmal ertappe ich mich dabei, wie ich überlege, wie würde so ein Beamter oder Angestellter reagieren, wenn er den Auftrag oder die Aufgabe hätte, ein Kasernierungslager zu planen? Oder noch Schlimmeres?

In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, leben Millionen Menschen in (Einkommens-)Armut oder sind unmittelbar von ihr bedroht. Hier geht es nicht um die existenzielle Armut, unter der die Menschen in Entwicklungsländern leiden: Niemand muss in Deutschland Hunger leiden, der sein Leben bedroht. Dennoch leben die von Armut Betroffenen in Deutschland im Vergleich zum Rest der Bevölkerung mit erheblichen Einschränkungen. Der Anteil liegt je nach Definition bei 16 – 20 % der Bevölkerung.

Darum gibt es Tafelläden in Deutschland, der in Walldorf ist bei mir um die Ecke und ich kann jede Woche sehen, wie stark der Zulauf ist.

**Und jetzt kann und möchte ich Ihnen sagen, was wir brauchen, was wir ändern müssen.**

**Wir brauchen eine vernünftige, umfassende neue Sozialpolitik wir brauchen mehr Soziale Sicherheit**

Jede und jeder braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben und das Recht auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können. Dazu gehört auch die konsequente Erweiterung und Präzisierung des Sozialstaatsgebotes im Grundgesetz. Insbesondere geht es auch darum, schon heute vorhandenen Entwicklungen in Richtung eines Wohlfahrtsstaates entgegenzutreten, der nur auf gutem Willen beruht. Kurz- bis mittelfristig müssen soziale Grundrechte in der Verfassung festgeschrieben werden. Dazu muss das Sozialstaatsprinzip gestärkt werden durch die Einführung sozialer Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Wohnen, soziokulturelle Existenzsicherung und gesundheitliche Versorgung.

Wir brauchen und wollen den aktiven Sozialstaat, der Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Behinderung sowie Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit solidarisch absichert, vor Armut

schützt und im Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde garantiert. Wir setzen auf die finanzielle Förderung der Selbstorganisation aus öffentlichen Mitteln, insbesondere der Erwerbslosen. Sozialstaatliche Leistungen müssen auf individuellen Rechtsansprüchen beruhen, um patriarchale Abhängigkeiten und behördliche Willkür zu verhindern.

Die Politik der Entstaatlichung, Liberalisierung und bedingungslosen Wettbewerbsorientierung war und ist der falsche Weg und muss beendet und rückgängig gemacht werden. Die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit muss für jeden Menschen unabhängig von seinem Geldbeutel gewährleistet werden. Eine kommunale, regionale und im Endeffekt auch nationale Daseinsvorsorge in der Versorgung mit Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten ist flächendeckend, für alle erschwinglich und in hoher Qualität zu sichern, das ist eine elementare öffentliche Aufgabe. Dies gilt ebenso für Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen, die in öffentlichen, nicht profitorientierten Unternehmen organisiert werden müssen. Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen muss gesetzlich verankert werden. Die Teilhabe an Kultur muss gesichert werden. Wir wollen, dass Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche problemlos erreichbar sind, ebenso wie soziale Dienste der Familien- und Erziehungshilfe. Ausnahmslos alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, müssen durch den demokratischen Sozialstaat gegen Ausgrenzungen geschützt werden.

Eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen für alle Generationen gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Wohnen muss für alle langfristig bezahlbar sein. Dazu gehören ein sozial ausgewogenes Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten und ein regelmäßig angepasstes Wohngeld. Wir fordern einen barrierefreien sozialen Wohnungsbau sowie die gleichberechtigte Förderung aller Wohneigentumsformen und eine aktive Städtebauförderung. Eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft soll Träger des Wohnens als Daseinsvorsorge sein und zur ausgewogenen Entwicklung des Wohnungsmarktes beitragen. Letztlich soll und muss das Grundrecht auf Wohnen ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Weitere, weil keine kommunalen Aufgaben, aber im Gesamtkontext einer neuen Sozialpolitik dennoch wichtige Dinge, die ich kurz ansprechen möchte. Ein weiterer Meilenstein für eine neue Sozialpolitik ist eine radikale Änderung unseres Rentensystems. Alle politisch Handelnden wissen, dass es in

absehbarer Zeit eine große Anzahl von Menschen geben wird, die im Alter von Armut bedroht sein werden. Ganz besonders wird dies Frauen treffen, die in Ihrem Leben nicht Vollzeit gearbeitet haben, sondern in deren beruflichen Biographien es Brüche wegen Teilzeitbeschäftigung, Kindererziehungs- und Familienphasen gibt. Es gibt auch keinen demografischen Grund für Rentenkürzungen. Trotz eines wachsenden Anteils Älterer an der Bevölkerung sind steigende Renten realisierbar.

Dazu gehört auch, dass bei einer Erwerbslosigkeit die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen sollen. Hartz IV muss weg. Stattdessen soll, ein am zuletzt erhaltenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld, mindestens aber eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung gezahlt werden, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.

Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln, muss in unserer Gesellschaft weitergedacht und entwickelt werden. Im Moment ist dies wegen Unkenntnis und nicht ausreichenden Informationen noch nicht allen zu vermitteln. Dieses Konzept wird auch in unserer Partei kontrovers diskutiert. Aber, diese Diskussion wollen und müssen wir weiterführen. Und dazu würde Kollegen der SPD, reicht es nicht ab und an populistische Luftballons steigen zu lassen und dann nichts mehr zu tun. So war es bei Fair Trade, es wurde eine Veranstaltung gemacht, dann fast zwei Jahre nichts, bis wir Grünen den konkreten Antrag formuliert und der SPD zur Mitunterzeichnung weitergegeben haben. So wurde Götz Werner, der Besitzer von dm (Drogerie Markt), von der SPD eingeladen zum bedingungslosen Grundeinkommen zu referieren, was er grandios kann und vor großer Kulisse getan hat und das war's dann? Weiter ist nix passiert!

Weiter gehört zu einem umfassenden und richtigen Ansatz für eine neue Sozialpolitik ein demokratisches Gesundheitswesen, das auf der Solidarischen Bürgerversicherung als allgemeiner Kranken- und Pflegeversicherung und einer öffentlichen Gesundheitsversorgung basiert. Gerade die Vorgänge in den USA um Obamacare zeigen, welche Sprengkraft darin liegt.

Lassen sie uns nun einige konkrete Walldorfer Themen ansprechen:

### **Stadtwerke und Klimaschutz**

Unsere Stadtwerke stehen im harten Wettbewerb. Die einst sprudelnden Einnahmen, hauptsächlich aus dem Stromverkauf, gehen merklich zurück. Die von uns allen gewollte Liberalisierung der Energieversorgung hat dies bewirkt. Konkurrenz, als wesentliches Merkmal der Marktwirtschaft, dominiert jetzt auch im Gas- und Strommarkt. Stromkunden, zumal Sondervertragskunden, können sich ihren Lieferanten jetzt frei wählen.

Die Stadtwerke Walldorf stellen sich diesen Herausforderungen und beackern Geschäftsfelder, die über den traditionellen Strom- und Gasverkauf hinausgehen. Hierzu zählen Geschäfte, die mit der Breitbandversorgung zu tun haben. Auch sind Dienstleistungen für andere Gemeinden, etwa in der Wasserversorgung, Möglichkeiten Einnahmeausfälle teilweise zu kompensieren.

Eine besondere Herausforderung stellen die Autarkiebestrebungen von Stromkunden dar. Sowohl normale Tarifkunden als auch Gewerbe- und Sondervertragskunden haben die Möglichkeit Strom selbst zu erzeugen. Die fallenden Preise für Fotovoltaik Anlagen und Stromspeicher machen Eigenversorgung lukrativ.

Insbesondere in Neubaugebieten kann man aufzeigen, dass mit einer Kombination aus Fotovoltaik Anlage, Stromspeicher und Wärmepumpe hohe Bedarfsanteile für Elektrizität, Heizung und die aufkommende Elektromobilität abgedeckt werden können. Dieser, auch im Sinne von Klimaschutz, zu meisternden Aufgabe, müssen sich die am Gemeinwohl orientierten Stadtwerke stellen.

Wir erwarten von dem strategischen Partner unserer Stadtwerke, der MVV, die notwendige technische Unterstützung bei der Umsetzung eines weitgehend energieautarken Neubaugebietes im 2. Bauabschnitt Walldorf Süd zu gewährleisten.

Technische Machbarkeit ist die eine Sache, politischer Gestaltungswille, der vom Gemeinderat auszugehen hat, die andere. Aber da haben wir Hoffnung. Der Gemeinderat hat jüngst beschlossen für kommunale Gebäude ein Solarkataster aufstellen zu lassen. Antragsteller waren: Alle vier Fraktionen im Gemeinderat.

Wir können heute schon versichern: Einem gemeinsamen Antrag neue, klimafreundliche Wege der Energieversorgung in einem Neubaugebiet zu gehen, die automatisch zu einem hohen Autarkiegrad führen, würden wir uns

nicht verschließen.

### **Sozialer Wohnungsbau in Walldorf**

Wie allen bekannt herrscht in den Metropolregionen eine erhebliche Knappheit an bezahlbarem Wohnraum. Weil Menschen immer mehr allein oder zu zweit in Wohnungen leben und nicht im größeren Familienverbund, werden immer mehr Wohnungen gebraucht. Aber auch Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Alleinerziehende und zunehmend ältere Menschen die mit ihrer Rente nicht mehr auskommen, finden auf dem freien Markt kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Aktuell kommt noch die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen dazu. Nach jahrzehntelangem Stillstand wurde in Walldorf erst jetzt wieder mit dem Neubau von Sozialwohnungen begonnen. Und wir fordern, dass er im neu ausgewiesenen Baugebiet oder auf anderen städtischen Grundstücken zügig und in ausreichendem Umfang fortgesetzt werden muss.

### **Sozialer Wohnungsbau Bürgermeister-Willinger-Straße**

Im September 2016 war Spatenstich für 26 Sozialwohnungen in der Bürgermeister-Willinger-Straße. Dies sind Wohnungen für Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Es gibt eine ständig hohe Zahl von Personen, die in Walldorf auf einer Warteliste mit Wohnberechtigungsschein sind und nicht mit entsprechendem Wohnraum versorgt werden konnten. Diese Situation hatte den Gemeinderat im Mai 2014 veranlasst, die Verwaltung durch einen Grundsatzbeschluss aufzufordern, mit dem Neubau von Sozialwohnungen zu beginnen. Wichtig war es dem Gemeinderat bei diesen Wohnungen nur solche Wohnungsgrößen zu realisieren, die dem Landeswohnraumförderungsgesetz entsprechen und vom Jobcenter bzw. dem Amt für Grundsicherung als angemessen angesehen werden.

Aufgrund dessen hat unsere Fraktion am 08. Juni 2016 einen Antrag gestellt, Landesfördermittel für dieses Bauvorhaben in Anspruch zu nehmen. Die Wohnungsgrößen, der Energiestandard und Barrierefreiheit im Erdgeschoss hätten zu einer optimalen Förderung des Bauvorhabens geführt.

Zu unserer Verwunderung sind die Verwaltung und die anderen Fraktionen im Gemeinderat diesem Antrag nicht gefolgt.

Die Verwaltung und die anderen Fraktionen im Gemeinderat haben bei Gesamtbaukosten von 4,6 Mio. Euro auf einen Zuschuss von ca. 860 TSD Euro verzichtet. Einen Zuschuss den man **nicht** zurückbezahlen muss. Ebenso wurde ein damit verbundenes zinsloses Darlehen nicht in Anspruch genommen.

Die Verwaltungsspitze hat sich zu keinem Zeitpunkt sich um eine Förderung bemüht.

Für uns ist dieses Verhalten, auch bei der guten Finanzausstattung von Waldorf, nicht nachvollziehbar.

Das alles gibt Anlass zu Spekulationen. In der Vergangenheit wurden städtische Wohnungen immer an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein vergeben. Will man sich durch die Nichtinanspruchnahme der Fördermittel jetzt eine Hintertür offen halten, diese Wohnungen auch auf dem freien Wohnungsmarkt anzubieten? Dies würde an der angespannten Situation auf dem sozialen Wohnungsmarkt nichts ändern.

### **Sozialwohnungen in der Stresemannstraße**

Im Februar 2016 hat der Gemeinderat beschlossen, auf dem städtischen Grundstück Ecke Stresemannstraße/Ebertstraße das bisher als Parkplatz benutzt wird, ein Wohngebäude für 8 - 10 Wohnungen zu errichten.

Grund für diese Entscheidung war, dass auf die Stadt auch die Anschlussunterbringung von Asylbewerbern zukommt und weiterhin eine Warteliste von über 100 Personen mit Wohnberechtigungsschein in Walldorf vorhanden ist. Die Entscheidung fiel für dieses Grundstück, weil im Bebauungsplan hier Wohnbebauung vorgesehen ist und sofort mit der Planung begonnen werden kann. Die Bürgermeisterin Frau Staab hat in dieser Sitzung erklärt: „Wir brauchen dringend Wohnraum“ und „die Stadt hat zwar 320 Wohnungen, das ist sehr viel, aber es reicht vorne und hinten nicht“ nachzulesen in der RNZ vom 26.02.2016.

Bis heute hat der Gemeinderat keine Informationen darüber, wie der Beschluss vom Februar 2016 planerisch umgesetzt wird. Das halten wir für keinen angemessenen Umgang mit dem Gemeinderat.

An dieser Stelle wollen wir gleich festhalten, dass es bei der Realisierung dieses Bauvorhabens mit uns keine Reduzierung oder unterschiedliche Standards für

solche Wohngebäude geben wird. Wir wollen keine Stigmatisierung durch Billigarchitektur. Wohnungen sind kein Konsumartikel. Wohnungen sind ein langfristiges Wirtschaftsgut mit einer Lebensdauer von weit über 60 Jahren und müssen nachhaltig, sozialverträglich und zukunftssicher geplant werden.

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass durch die Verwaltung für ein weiteres Grundstück Heidelberger-/Hebelstraße eine Mehrfachbeauftragung für eine Bebauung vorbereitet werden sollte. Auch darüber haben wir im Gemeinderat bis heute nichts mehr gehört.

### **Lammstraße behindertenfreundlich umgestalten**

Unsere Fraktion wurde immer wieder angesprochen in der Lammstraße im unteren Bereich einen ebenen Belag in einer Breite herzustellen, wie er vor der evangelischen Kirche vorhanden ist. Das vorhandene Naturstein-Pflaster ist so uneben, dass Personen mit Rollatoren, Rollstuhlfahrer, Personen mit Gelenkproblemen aber auch Personen mit Kinderwagen und Radfahrer diesen Bereich als sehr unangenehm empfinden. Den Weg zur Post und andere Bereiche (Arzt, AOK usw.) über die verkehrsarme Lammgasse würden sie gerne der verkehrsreichen Bahnhofstraße vorziehen.

Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass sie mit einem Vorschlag zur Umgestaltung warten will bis die Baumaßnahmen in der Bahnhofstraße beendet sind.

Im Mai 2016 wurde in einer öffentlichen Sitzung des Technischen Ausschusses von der Verwaltung ein Umgestaltungsvorschlag, der einen 1 m breiten Plattenstreifen aus Granit entsprechend der Ausführung an der evangelischen Kirche vorsah, vorgelegt. Die Kosten für eine solche Alten- und Behindertenfreundliche Maßnahme hätten sich zwischen 26.000 – 31.000 Euro bewegt.

Bei Stimmengleichheit wurde der Umgestaltungsvorschlag im Technischen Ausschuss dann leider abgelehnt. **Zur Abstimmung möchten wir erwähnen, dass Bürgermeisterin Staab gegen den Umgestaltungsvorschlag gestimmt hat, man kann auch sagen ihre Stimme war entscheidend, dass die Sache nicht umgesetzt wurde.** Wir erwähnen dies, weil dieser Sachverhalt öffentlich nicht ausreichend kommuniziert wurde und in der Bevölkerung nicht bekannt ist und

auch weil Frau Staab immer besonders hervorhebt, dass ihr gerade die Interessen von Alten, Behinderten und Kindern sehr am Herzen liegen. ?????

### **Einzelhandel in Walldorf**

„Trag Dein Geld nicht fort – kauf vor Ort“ oder „Wir kaufen lokal“ unter solchen oder so ähnlichen Slogans können wir uns vorstellen, als Kommune gemeinsam mit dem Einzelhandel aktiv zu werden, um diesen zu stärken.

Die Werbegemeinschaft Walldorf organisiert seit Jahren mit hohem ehrenamtlichem Engagement Veranstaltungen und Aktionen im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung und trägt damit zur Attraktivität Walldorfs bei. Genannt sei hier die Osteraktion, Walldorfer Einkaufsnacht, Weihnachtsmarkt. Wir danken für den Hinweis. Der umsatzstärkste Einkaufstag in der BRD ist inzwischen der Sonntag, hier werden ca. 20 % des wöchentlichen Gesamtumsatzes gemacht, im Internet.

Es kann nicht sein, dass Bürger/innen sich beschweren, dass es immer weniger Geschäfte vor Ort gibt und dies, weil sie selbst nicht dort einkaufen. Diesen Aspekt gilt es, den Konsumenten klar zu machen. Das wäre eine Aufgabe, die der/die neue Mitarbeiter/in der Wirtschaftsförderung angehen kann und soll.

Der umsatzstärkste Einkaufstag in der BRD ist inzwischen der Sonntag, hier werden ca. 20 % des wöchentlichen Gesamtumsatzes gemacht, im Internet, mit allen unangenehmen Effekten, immer mehr Lieferungen von Paketdiensten, Zunahme im örtlichen Verkehr, Zunahme von Emissionen usw. Hier sollten alle bewusst gegensteuern.

Zum Schluss danken wir unseren großen und kleinen Steuerzahlern, den Gebührenzahlern und nicht zuletzt den Mitarbeitern der Kämmerei mit Herrn Maier an der Spitze für die gute ausführliche Vorlage des Haushalts 2017. Unser weiterer Dank geht an die Verwaltung, an die anderen Fraktionen für die kooperative und gute Zusammenarbeit.

Unser ganz spezieller Dank geht an alle ehrenamtlich tätigen Menschen in unserer Stadt, die trotz allem Reichtum in Walldorf, mit ihrem Einsatz für das gesellschaftliche Zusammenleben unverzichtbar sind.

Die Fraktion Bündnis/Die Grünen stimmt den jeweiligen Beschlussvorlagen zu.